

er dreiwöchigen... In den bis... ächft eine Reihe... Eine weient... er Balorifizierung... darüber ist... worden. Bezüg... imalzüge, deren... worden... im Sinne der... weiter hinausge...

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“

Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn **1.80**
Einzelnummer **10 S**
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold



Anzeigenpreise:
Die einpaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum **15 S**, Familien-Anzeigen **12 S**
Reklame-Selle **45 S**, Sammelanzeigen **50 S**, Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gebühr übernommen

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 6118

Nr. 301

Gegründet 1827

Samstag, den 24. Dezember 1927

Fernsprecher Nr. 29

101. Jahrgang

Politische Wochenschau.

Sind wir die Sklaven der Neuzeit? / Parker Gilberts Antrag / Was wir bezahlen müssen / Hegeische französische Wahlpropaganda / Französisch-italienisches Militärbündnis? / Ein Krieg „außerhalb des Gesetzes“ und die Wirklichkeit! / Kirche und Politik in England / Der Reichstag in den Weihnachtsferien

Am 18. Januar 1926 hielt der amerikanische Abgeordnete Victor Berger (Wisconsin) zur Begründung seines Antrags auf Aenderung des Verfallers Vertrags eine Rede im amerikanischen Kongreß. Da sagte er u. a.: „Der Dawesplan setzt die Gesamtsumme, die Deutschland bezahlen soll, nicht fest. Er entscheidet nur über die Summe, die Deutschland jährlich für die nächsten fünf Jahre bezahlen muß. Die Daweskommission sagt nicht, ob Deutschland diesen Tribut 100 Jahre oder 1000 Jahre bezahlen muß... Wie lange werden die Deutschen willens sein, wie die Sklaven in Ägypten oder die Sklaven im alten Rom für ihre fremden Herren zu arbeiten?“

Jetzt lesen wir im Bericht des Generalagenten Parker Gilbert über das dritte Dawesjahr, daß dies geschehen muß. Es liege im Interesse der Gläubiger wie des Schuldners, daß die Gesamtsumme der deutschen Entschädigung festgelegt werde. Der Dawesplan sei überhaupt nur ein Versuch gewesen. Die Deutschen hätten ihre Probe- und Schonzeit gut bestanden. Es wäre nun Zeit, ihnen klipp und klar den Gesamtbetrag ihrer Verpflichtungen zu nennen und es ihnen auf eigene Verantwortung, ohne Kontrolle und Bevormundung, zu überlassen, wie sie sich mit den Zahlungen zurechtfinden.

Das klingt wie eine Art von leibwilliger Verfügung eines Menschen, der bei einer Sache nicht mehr mitun will. Jedenfalls ist in dem 132 Seiten langen Bericht, der nebenbei bemerkt — milder und anerkennender als die bekannte Denkschrift Gilberts an Dr. Köhler lautet, von den mancherlei Anregungen die obige Forderung der springende Punkt. Und es ist begreiflich, daß die Presse der ganzen Welt sich mit ihr auseinandersetzt. Amerika (Schahjehet Mellon) und England in zustimmendem, Frankreich natürlich in ablehnendem Sinn. Die „Times“ meinen: Wer den Bericht des Generalagenten lese, werde sehen, daß von Jahr zu Jahr eine endgültige Regelung „wünschenswerter“ werde. Der Senator Bérenger in Paris aber wundert sich, daß „ein kluger Sachverständiger wie Parker Gilbert“ sich auf einen derartigen Standpunkt stellen könne. Die endgültige Summe sei von der Entschädigungskommission, die einzig hierfür zuständig sei, auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt. Von dieser Summe erhalte Frankreich 52 v. H. gleich 68 Milliarden Goldmark. Das könne niemals verändert werden.

Also Frankreich kennt keine Gnade oder nur auch Rücksicht für Deutschland. Daß der Deutschenhaß dort noch in voller Blüte steht, erhebt man auch aus dem vorigen Woche von Parteigängern des nationalistischen „Echo de Paris“ über ganz Frankreich verbreiteten Wahlplakats, das eine große Verunglimpfung der Person des Reichspräsidenten v. Hindenburg darstellt. Natürlich wurde von amtlicher deutscher Seite gegen den Unfug Einspruch erhoben. Es sollen auch die Plakate stillschweigend von der Polizei entfernt worden sein, jedoch nur mit dem Erfolg, daß sie erneut angeschlagen wurden.

Alles das hängt mit den Vorbereitungen auf die April-Wahl in Frankreich zusammen. Jede Partei will die andere in der Hintertreibung der deutsch-französischen Annäherung überbieten. Lieber will man Italien die Schwesterhand reichen. So wird denn wieder einmal viel von einer italienisch-französischen Verständigung und von einer Zusammenkunft zwischen Briand und Mussolini gesprochen und geschwärmt. Andererseits darf nicht die große Schwierigkeit übersehen werden, die ein für allemal in der Adriafrage liegt. Sie ist, wie das Blatt „Giornale d'Italia“ sich ausdrückt, für Italien eine Lebensfrage. Frankreich habe diese Politik nicht nur zu achten, sondern auch zu unterstützen. Damit aber ist eine französische Vorherrschaft auf dem Balkan, über Südrußland oder über die kleine Entente schlechthin unvereinbar. Für Deutschland aber würde eine Annäherung oder gar ein Militärbündnis zwischen Frankreich und Italien eine neue Einkreisung und dazu noch eine gefährlichste Art bedeuten. „Deutschland muß und wird die Knechtung Europas durch ein riesenhaftes französisches Militärsystem ablehnen und bekämpfen mit seiner ganzen Kraft.“

Wie mit Italien, so will Frankreich auch mit Amerika einen Antikriegspakt abschließen. Nach Berichten aus Washington hat der amerikanische Staatssekretär Kellogg dem französischen Botschafter Claudel den Entwurf eines amerikanisch-französischen Vertrags überreicht, in dem als achter Punkt der Krieg zwischen den beiden Ländern auf ewige Zeiten „außerhalb des Gesetzes“ gestellt werden soll. Wenn man nun bedenkt, daß Amerika und England unter sich ebenfalls derartiges vereinbart haben sollen, so versteht man den Zweck des großen amerikanischen Flottenbauprogramms wirklich nicht. Wozu die 25 neuen Kreuzer mit einem Kostenaufwand von etwa 700 Millionen Dollar? Und da soll man noch an die Abrüstungsfreundlichkeit und Friedensliebe eines Staates glauben?

Wie schwer wird das auch im Hinblick auf andere Staa-

Die Landwirtschaft an der Jahreswende

In einem Rundfunk-Vortrag, den Reichsminister Schiele über „Die Landwirtschaft an der Jahreswende“ hielt, führte der Minister aus:

Mengenmäßig sind die Ernteergebnisse in diesem Jahr etwas besser als im Jahr 1926. So ist die Brotgetreideernte am annähernd eine Million Tonnen und die Kartoffelernte um 80 Millionen Doppelzentner gestiegen. Dieser Gewinn geht aber zum großen Teil dadurch verloren, daß fast alle Früchte durch das Unwetter erheblich gelitten haben. Immerhin rechtfertigt der Ausfall der Ernte die Feststellung, daß zu einer Bessermöglichkeit der Versorgungslage der städtischen Bevölkerung kein Anlaß vorliegt.

Auf dem Gebiet der Viehhaltung liegen die Verhältnisse wesentlich trüber. Durch starke Angebote sind die Preise in den letzten Monaten ständig zurückgegangen. Die Schweinepreise sind heute weit unter die tatsächlichen Erzeugungskosten gesunken. Erfreulicherweise hat der Fleischverbrauch in Deutschland in diesem Jahr etwa wieder die Höhe der Vorkriegszeit erreicht. Es bedeutet eine Großtat der Landwirtschaft, daß es ihr gelungen ist, trotz aller widrigen Verhältnisse den Viehbestand wieder auf ein der Vorkriegszeit angenähertes Maß zu bringen.

Die Wertung der volkswirtschaftlichen und insbesondere der handelspolitischen Stellung der Landwirtschaft wächst. Freilich beweist gerade die neuerliche Entwicklung unserer Handelsbilanz, daß wir von gesunden Marktverhältnissen noch weit entfernt sind. Im Hinblick auf die Passivität unserer Handelsbilanz ist eine zielbewusste Hebung der heimischen Produktion zu fordern. Nur eine diesem Ziele zustrebende Wirtschaftspolitik kann die Gefahren beschwören, die aus der andauernden Passivität für unsere Finanzen und unsere Währung drohen. Ohne eine solche Handelspolitik ist die Landwirtschaft, insbesondere des deutschen Ostens, verloren.

Das entscheidende Merkmal der gegenwärtigen Lage unserer Landwirtschaft ist die Tatsache, daß eine erschreckend große Anzahl der Betriebe mit Defizit arbeitet. Die Folge dieses Mißstandes sind Milliardenverluste, die die Landwirtschaft in den veranfaenen Jahren erlitten

hat. Die bedenklichste Seite der Verschuldung der Landwirtschaft liegt einmal in der Kurzfristigkeit der persönlichen Schulden und ferner in der ungeheuerlichen Zinslast, die sich auf 850 Millionen Mark jährlich beläuft.

Die Reichsregierung hat die Entwicklung dieser Verhältnisse mit ernster Besorgnis verfolgt. Sie sieht es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben für die nächste Zukunft an, auf eine Ordnung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse hinzuwirken. Mittel sind die Umwandlung der schwebenden Schulden in langfristigen Kredit und eine Absentung der untragbaren Zinslasten. Die Reichsregierung wird in Kürze die erforderlichen Maßnahmen treffen. Hierbei wird die Landwirtschaft selbst entscheidend mitzuwirken haben durch unablässige technische Vervollkommnung und Rationalisierung der Betriebe und des Absatzes, sowie Standardisierung und Qualitätssteigerung der Produkte, wodurch die Konkurrenz mit dem Auslande erfolgreich aufgenommen werden kann. Was uns der Versailleser Vertrag an Land und Gut geraubt, was uns Kriegs- und Nachkriegszeit an kulturellen Schäden zugefügt habe, muß ersetzt werden durch gesteigerte Wirtschaftskraft, die aus dem deutschen Boden das Beste herausholt, was herauszuholen ist.

Der Minister wies dann auf die Hilfsmassnahmen hin, die in letzter Zeit für die Landwirtschaft ergriffen worden sind. So wird auf 5 Jahre von Reichswegen ein Betrag von jährlich 6 Millionen Mark bereitgestellt werden, um den Zinsendienst für landwirtschaftliches Meliorationskapital auf tragbare Sätze zu verbilligen. Für das Mollereiwesen werden jährlich 1,5 Millionen Mark 5 Jahre hindurch für Zinsverbilligung vom Reich ausgemworfen. Die Produktionssteigerung in Gartenbaubetrieben dienen Reichskredit in Höhe von 5 Millionen Mark und ebenso werden für den Weinbau namhafte Mittel ausgemworfen. Die Hoffnung ist berechtigt, daß die Landwirtschaft bei Reich und Ländern dasjenige Verständnis und diejenige Hilfe findet, die sie in ihrer bedrohlichen Lage mit Recht erwarten darf.

Unerhörte „Kriegsentschädigung“

Paris, 23. Dez. Im Senat wies der Pensionsminister Marin darauf hin, daß unter den nach dem Versailleser Vertrag von Deutschland wiedergutzumachenden Schäden sich auch die Sühne dafür befinde, daß die Gefangenen in Deutschland „mangelhaft ernährt“ worden seien. Die Regierung schlage hierfür eine Deutschland in den Daweszahlungen aufzunehmende Entschädigung von 50 Millionen Franken, verteilt auf 5 bis 6 Jahre, vor, die als französische Staatseinnahme in den Haushalt einzustellen sei. Der Berichterstatter, Senator Cheron, erhob gegen den Vorschlag Widerspruch, weil die Summe viel zu niedrig sei. Die ehemaligen Kriegsgefangenen verlangen eine Entschädigung von 600 bis 700 Millionen Franken.

Die Entschädigungsforderung für angebliche mangelhafte Verpflegung der französischen Gefangenen kann man nur als ruchlosen Hohn bezeichnen angesichts der Tatsache, daß in Deutschland infolge der völkerrrechtswidrigen englischen Blockade während des Kriegs und als Kriegsfolge über 600 000 Zivilpersonen dem Hungertod überliefert wurden. Die Herren Franzosen hatten es bekanntlich in

deutscher Gefangenschaft nicht so schlecht, jedenfalls viel besser als der weitaus größte Teil des deutschen Volkes. Einige Hunderttausend wurden überdies in der Landwirtschaft beschäftigt und haben hiebei wahrhaftig keinen Mangel gelitten, so wenig, daß mancher von ihnen lieber in Deutschland geblieben wäre, als in den Schmutz und die Dürftigkeit der heimischen Verhältnisse zurückzukehren. Viele Russen haben es bekanntlich so gemacht. — Es wird immer unbegreiflicher, wie der Vertrag von Versailles von Deutschland angenommen werden konnte.

Gegen die „Barbarei“

Rom, 23. Dez. In dem Bemühen um ein Freundschaftsbündnis mit Frankreich ist das von Mussolini ausgegebene Schlagwort von der „gemeinsamen Abwehr der Barbarei“ Gemeingut des Landes geworden. In der „Tribuna“ veröffentlicht Senator Coppola einen Leitartikel, der im Namen von ganz Italien das französisch-italienische Bündnis verlangt „zum Schutz der lateinischen und katholischen Zivilisation gegen Angelfachen, Teutonen (Deutsche), Wölschwaffen und Mohammedaner“.

ten! Man denke an Rußland, dessen Vertreter Litwinow in Friedensversicherungen in Genf förmlich schwelgte, während zu gleicher Zeit zu Hause in Moskau man nichts als Krieg und Kriegesgeschrei hörte. Uebrigens ist in Moskau großes Reinemachen. Der dort tagende Kongreß der Kommunistischen Partei beschloß den Ausschluß von 98 Führern der Opposition. Trotzliu. Sinowjew waren schon vorher ausgeschlossen. Wer hätte das je geahnt, daß ein Trozki, der angebliche Schöpfer des „Roten Heeres“, aus der Kommunistischen Partei je einmal ausgeschlossen werden könnte! Kein Kommunist sein heißt aber in Sowjetrußland politisch mundtot sein! Man sieht, Stalin weiß sich Macht und Recht zu verschaffen.

In England ist etwas für uns Festhänder Merkwürdiges passiert. Das Unterhaus hat das abgeänderte Gebetbuch (Book of Common Prayer) abgelehnt. Es bleibt also bei der Gottesdienstordnung von 1662. So war das Unterhaus anscheinend konfessionsloser als das Oberhaus und die Kirchenynoden. Wo in aller Welt hat das politische Parlament über Liturgien zu befinden? Die Sache hat allerdings inföber auch einen religiös-politischen Hintergrund, als das Unterhaus in der neuen vorgeschlagenen Liturgie eine Anlehnung an die römisch-katholische Kirche erblickte. Das wurde im Unterhaus ausgeprochen. Eine eigentliche parteipolitische Frage war die Angelegenheit nicht; innerhalb jeder Partei konnte jeder Abgeordnete frei abstimmen, in jeder Partei, ja sogar innerhalb des Kabinetts selbst waren die Stimmen für und wider geteilt.

Unter Reichstag ging am 19. Dezember in die Weih-

nachtsferien. Damit pausiert die innere Politik. Freilich Friede ist deshalb noch nicht eingezogen. In dem Streit in der Eisenindustrie sind die Schiedsprüche für verbindlich erklärt worden, was Streit und Ausperrung unzulässig macht. Hoffentlich kann die Industrie auch von der angekündigten Stilllegung absehen und sich, so große Opfer es auch kosten mag, auf die durch die bekannten Verordnungen geschaffenen neuen Verhältnisse einstellen. Auch der Arbeitsfrieden ist ein Stück von jenem „Frieden und Wohlgefallen“ der Weihnachtsbotschaft.

Neueste Nachrichten

Begnadigung in Bayern

München, 23. Dez. Auf Weihnachten ist der wegen Landesverrat zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Frhr. v. Leoprechting in Freiheit gesetzt worden. Seine Strafe wurde in 8 Jahre Zuchthaus umgewandelt, wovon 6 Jahre verbüßt sind.

Auch die Kommunisten Lindner und Huber, die während der „Münchener Räterepublik“ schwere Straftaten begangen hatten, sind mit 5jähriger Bewährungsfrist begnadigt worden. Lindner hatte seinerzeit im Landtag den sozialdemokratischen Abgeordneten Auer durch einen Revolvererschuß schwer verwundet und einen neben ihm stehenden Abgeordneten getötet.

Auch in Baden Einspruch gegen Wahlgeschänderung

Karlsruhe, 23. Dez. Nachdem der Staatsgerichtshof in Leipzig die Aenderung der Landtagswahlgesetze in Ham-

burg, Hessen und Mecklenburg-Strelitz für verfassungswidrig erklärt hat, weil sie mit den Vorschriften über die Gleichheit des Wahlrechts und über das Wahlgeheimnis in Widerspruch steht, hat der Landesverband der Volksrechtspartei nunmehr die Entscheidung des Staatsgerichtshofs über die von ihm beim badischen Landtag und beim badischen Staatsministerium geltend gemachten verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Gesetz zur Aenderung des Landtagswahlgesetzes anrufen.

Württemberg

Stuttgart, 23. Dez. Vom Rathaus. Wie schon kürzlich gemeldet wurde, schließt der Haushalt der Stadt Stuttgart im Jahr 1926 nicht mit einem Abmangel von 4,4 Millionen Mark, sondern nur mit einem Fehlbetrag von 1,7 Millionen Mark ab. Dieses Ergebnis wurde durch Mehreinnahmen bei den Steuern und bei den städtischen Betrieben (Gas, Elektrizität) erzielt. Daher ist für 1926 nur eine 15prozentige Umlage an Katastersteuer notwendig. Im Haushalt 1927 dürften die Planzahlen der Hauptsteuern (Umlage- und Katastersteuern) auch erreicht werden. Im Jahr 1928 wird sich dagegen die Mehrforderung für die Beamtengehälter auswirken. Da auch neue große Baupläne usw. in Aussicht stehen, werden wieder Anleihen aufgenommen werden müssen.

Der Gemeinderat genehmigte 700 000 Mark für den Bau der Kaitelsberg-Schule. Für Erweiterung von Vorortstraßen wurden 450 000 Mark und für Ausbau einiger neuen Straßen 250 000 Mark für 1927 bewilligt.

Vom Landtag. Der Finanzausschuß nahm einen Antrag Dingler (BB.) an, es solle erwogen werden, an die Jungweiden der landw. Vereine und Viehzuchtgenossenschaften Torfstreu von der staatlichen Torfverwaltung Schuppenried zu verbilligten Preisen abzugeben. Finanzminister Dr. Dehlinger teilt mit, daß die Beschäftigungs- und Betriebsergebnisse bei den staatlichen Hüttenwerken in den letzten Jahren günstiger gewesen sind als in früheren Jahren. Die Bohrungen bei Wildbad nach Warmquellen sind eingeleitet, doch muß vorsichtig vorgegangen werden zum Schutz der alten Quellen. Der Badbesuch Wildbads hat sich um 14 v. H. gehoben. Es wurde ein Antrag Dr. Wiber (Bp.) angenommen, Einrichtungen im staatlichen Bad Wildbad zu erwägen, welche die Schaffung einer Vor- und Nachsaison ermöglichen.

Maßnahmen gegen den Hausierhandel

Ein Erlaß des Wirtschaftsministeriums über den nichtstehenden Gewerbebetrieb besagt u. a.:

Auch in diesem Jahr haben die Klagen über das nichtstehende Gewerbe, insbesondere über den Hausierhandel, nicht nachgelassen, sind vielmehr — wie übrigens auch in anderen Ländern — immer lauter und eindringlicher geworden. Nicht richtig ist es, wenn behauptet wird, die Zahl der zum Wandergewerbe zugelassenen Personen habe sich in neuerer Zeit in nennenswertem Umfang erhöht. Dagegen scheint die Nachdrücklichkeit der Betätigung bei einzelnen Arbeitern des Wandergewerbetriebs (Kraftfahrzeuge, Wanderlager) zugenommen zu haben.

Ergänzend wird nun angeordnet, daß vor allem die Voraussetzungen für die Erteilung von Wandergewerbebescheinigungen genau und streng geprüft werden sollen. Gesuche sind sorgfältig unter dem Gesichtspunkt zu prüfen, ob nicht ein Mißbrauch des Wandergewerbebetriebs zum Bettel zu befürchten ist, und ob der Geschäftserfolg trotz seines Gebrechens zu dem beabsichtigten Wandergewerbebetrieb noch befähigt ist. Anträge von Kriegsbefähigten auf Ausstellung von Wandergewerbebescheinigungen sind in jedem Fall der zuständigen Bezirksfürsorgebehörde zur Stellungnahme mitzuteilen.

Mehrfach sind Klagen darüber geführt worden, daß da und dort im Lande Ausländer (es tauchen z. B. viele Chinesen auf. D. Schr.) den Hausierhandel mit sogenannten ausländischen Spezialitäten (Orientteppichen, chinesischem Porzellan, Tee, Zigarren, Spitzen, Wandschmuck usw.) betreiben, die sich übrigens häufig als unecht erwiesen. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß für einen derartigen Hausierhandel, auch wenn an der Echtheit der Waren Zweifel nicht bestehen, ein wirtschaftliches Bedürfnis im allgemeinen nicht anzuerkennen ist.

Dem Bettelhandel scheint nicht überall mit dem nötigen Nachdruck entgegengetreten zu werden. Neuerdings ist hauptsächlich auch darüber geklagt worden, daß sich auf Märkten, Ausstellungen und dergl. Veranstaltungen der Bettelhandel in lästigem Maß breit macht. Soweit gegen die betreffenden Personen nicht schon auf Grund der allgemeinen Bestimmungen wegen Bettels polizeilich eingeschritten werden kann, kann dem Mißstand auf dem Weg einer Regelung in der Marktordnung abgeholfen werden.

Da und dort wird über dreistes und unverschämtes Betragen der Hausierhändler gegenüber dem Publikum geklagt. Soweit hingegen nicht schon ein Einschreiten auf Grund strafgesetzlicher Bestimmungen (Nötigung, Hausfriedensbruch, grober Unfug u. a. m.) möglich ist, wird auf die Möglichkeit der Regelung im Weg strafpolizeilicher Anordnung oder ortstatutarischer Bestimmung im Sinn des § 42 b Gew.O. hingewiesen.

In weiten Kreisen der Bevölkerung, insbesondere des stehenden Gewerbes, wird ferner über den sog. wilden Hausierhandel (Hausierhandel von Personen, die keinen Wandergewerbebescheinigung besitzen) geklagt. Diesem Mißstand muß nicht nur aus polizeilichen Gründen, sondern auch deshalb mit allem Nachdruck entgegengetreten werden, weil eine steuerliche Erfassung der Betätigung dieser Personen nicht erfolgt. Wo eine Fortsetzung des unbefugten Betriebs trotz Bestrafung zu befürchten ist, ist eine scharfe Ueberrwachung der betr. Personen anzuordnen und nötigenfalls mit polizeilichem Zwang einzuschreiten. Unter Umständen kann es sich empfehlen, eine benachbarte Polizeibehörde von der zu erwartenden Einreise eines solchen Hausierhändlers in ihren Bezirk behufs wirksamer Fortführung der polizeilichen Ueberwachung zu verständigen.

Neuerdings sind Beschwerden darüber laut geworden, daß für Glücksspiele und öffentliche Auspielungen Wandergewerbebescheinigung erteilt oder auf württ. Oberamtsbezirke ausgedehnt worden seien. Das ist nicht zulässig. Soweit ausnahmsweise für Jahrmärkte, Schützenfeste und ähnliche unter freiem Himmel gelegentlich stattfindende Veranstaltungen von vorübergehender Dauer von den Oberämtern die Erlaubnis zum Betrieb einer Auspielung gegeben wird, bedarf der Veranstalter eines Wandergewerbebescheinigung zum Abfah der auszu spielenden Waren. Gegenüber von Anträgen auf Erteilung oder Ausdehnung von Wandergewerbebescheinigungen für sog.

Stuttgart, 23. Dez. Verleihung der Rettungsmedaille. Der Staatspräsident hat dem Präceptor Albert Hagenmayer in Ravensburg und der Brunhilde Einhart in Konstanz, Tochter des Kaufmanns Eduard Einhart daselbst, die Rettungsmedaille verliehen.

Apothekenberechtigung. In Stuttgart-Cannstatt soll im südöstlichen Stadtteil, in Stuttgart-Ostheim, in der Kaitelsberggegend und in Ludwigsburg im westlichen Stadtteil je eine Apotheke errichtet werden.

Die Patentierung der Privatjuchengasse findet im Kalenderjahr 1928 statt in Aulendorf, Laupheim und Vangenau am 10. Januar, in Geislingen und Marbach a. N. am 11. Januar, in Heilbronn, Stuttgart, Aalen und Schrozberg am 12. Januar, in Hall und Horb am 13. Januar, in Offenhäusen am 14. Januar.

Eine Weihnachtsüberraschung. Herr Widmann, dessen Affenparadies letzten Sommer so lebhaften Anklang fand, wird in diesen Tagen mit einem größeren Tiertransport auf dem Kochenhofgelände eintreffen. Die Vorarbeiten sind schon getroffen und die Stuttgarter und auswärtigen Besucher werden schon über die Weihnachtsfeiertage Gelegenheit haben, das Leben und Treiben von Varen, Seelöwen und Pinguinen im Freien zu beobachten.

Schwarzfahrt mit einem Straßenbahnwagen. Ein Unbefugter bestieg vor einigen Tagen früh morgens einen an der Lieberhalle stehenden unbeaufsichtigten Straßenbahnwagen — die erforderliche Kurbel hatte er im Straßenbahnwagenpark Marienplatz entwendet — und fuhr durch die Straßen der Stadt spazieren. Als ein Kontrolleur auf den Wagen stieg und nach der Fahrt fragte, erklärte der Unbekannte, er mache eine „Probefahrt“. Der Schwarzfahrer stellte „seinen“ Wagen in der Heuffeigstraße ab und verschwand.

Das Urteil im Wittmann-Prozess. Im Wittmann-Wechsler-Prozess wurde heute folgendes Urteil verkündet: Die Berufung des Staatsanwalts wird verworfen, der Angeklagte Wittmann von der Anklage des Banrottvergehens freigesprochen, dagegen wegen Beihilfe zu einem fortgesetzten Vergehen der erzwungenen Untreue zu der Gefängnisstrafe von 2 Monaten verurteilt. Das gegen den Angeklagten Wechsler in 1. Instanz ergangene Urteil wird aufgehoben und dahin abgeändert, daß der Angeklagte wegen eines Vergehens des fortgesetzten Betrugs und wegen Beihilfe zur erzwungenen Untreue zu der Gefängnisstrafe

von 3 Monaten verurteilt wird. Die beiden Angeklagten erklärten, gegen das Urteil sofort Revision beim Reichsgericht einzulegen.

Aus dem Lande

Feuerbach, 23. Dez. Weihnachtsfreude. Der Gemeinderat hat heute dem Vorschlag der Verwaltung entsprechend beschlossen, die Sparguthaben bei der Stadtsparkasse mit 25 Prozent aufzuwerten und den Aufwertungsbetrag vom 1. Januar 1928 ab mit 5 Prozent zu verzinsen. Als Stichtag für die Rückwirkung wurde der 15. Juni 1922 festgelegt.

Flein O. Heilbronn, 23. Dez. Totschlag? Am Donnerstag vorm. wurde ein 60-65jähriger Mann zwischen Flein und Sontheim 7 Meter vom Weg ab im Ackerfeld liegend tot aufgefunden, während sein Hut, der Blutspuren aufwies, und seine Schuhe am Weg lagen. Die Leiche hatte am Hinterkopf eine blutige Wunde, desgl. an der Nase. Die Todesursache ist noch nicht aufgeklärt, doch wird vermutet, daß er nicht eines natürlichen Todes gestorben ist. Es wurden bereits vier verdächtige Personen vernommen.

Heilbronn, 23. Dez. Ein Opfer von Kaufhändeln. Der auf der Straße Flein-Sontheim aufgefundenene Tote ist der 70jährige Ernst Luft von Flein. Er war mit Albert und Wilhelm Götz aus Flein in Kaufhandel geraten und von diesen erschlagen worden. Die Täter sind verhaftet, einer ist geständig.

Hessental bei Schw. Hall, 23. Dez. Bluttat. Gestern wickelte sich in der Frühe in unserem sonst so stillen Ort eine schreckliche Handlung ab. Die Ehefrau des vor wenigen Tagen von Rechenberg bei Crailsheim nach Hessental verzogenen Schmiedemeisters Wieland, der früher in Oppenweiler bei Badnang eine Schmiedewerkstätte betrieb, wurde mit geöffnetem Pulsader und einer Verletzung der Schädelhälfte blutüberströmt in ihrem Bett aufgefunden. Der Ehemann, wohl von Gewissensbissen getrieben, ging flüchtig, stellte sich aber bald darauf in dem nahen Steinbach ebenfalls mit geöffnetem Pulsader ein. Die beiden Unglücklichen, die wohl mit dem Leben davonkommen werden, wurden in das Haller Diakonissenhaus verbracht. Ueber die Beweggründe zu dieser schrecklichen Tat wird die Untersuchung Aufschluß bringen.

Waldenburg O. D. Döhringen, 23. Dez. Todesfall. Nach langem, schwerem Leiden verschied am 21. Dezember zu Tübingen die Fürstin-Mutter Therese zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst a. L., geb. Gräfin zu Erbach-Fürstena. Die Verstorbene hat sich am 26. Nov. 1889 mit dem inzwischen verstorbenen Fürsten Friedrich Karl vermählt und erreichte ein Alter von 58 Jahren.

Justingen O. M. Münstingen, 23. Dez. Rettung eines Bienenvolks. Eine vom Raubreif abgeknickte Fichte sollte gefällt werden und zufälligerweise war an einem Imker diese Aufgabe gestellt. Während des Hauen bemerkte er, wie ein Stück von einer Bienenwabe aus einem Loch herausfiel. Bei einer näheren Untersuchung entdeckte er, daß sich im Innern des Stammes ein Bienenvolk befand. Als Fachmann und Bienenfreund ließ er sofort vom Hauen ab, um am Mittag das Bienenvolk aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Durch Erweitern des Lochs gelang es ihm auch, das Volk in ein Kistchen zu verfrachten, um es am warmen Ofen zu erwärmen. Ein fröhliches Surren und Summen erfüllte bald die Stube und die Bienen konnten bald in einen Kasten einlogiert werden. Das ganze Verfahren ist glücklich gelungen und zu seiner Freude ist der Imker um ein Bienenvolk reicher und die Bienen vor dem sicheren Hungertod gerettet, da ihnen der Futtermittelvorrat nur noch 8-10 Tage gereicht hätte.

Sulz, 23. Dez. Freitod. Freiwillig aus dem Leben geschieden ist der verh. Straßenwärter J. B., indem er sich erhängte. Häusliche Sorgen dürften den zu Schwermut veranlagten Mann zu diesem Schritt veranlaßt haben.

Oberndorf a. N., 23. Dez. Preisausschlag der Schuhmacher. Die Schuhmachergewerksinnung Oberndorf-Sulz beschloß wegen der gesteigerten Lederpreise auf den bisherigen Preistarif eine Erhöhung von 10 Prozent eintreten zu lassen.

Seedorf O. Oberndorf, 23. Dez. Versucher Mord. Dieser Tage wurde ein Mädchen von ihrem früheren Liebhaber, der sich angeblich vor seiner Auslandsreise verabschieden wollte, in einem Gehäuf gelockt. Dort versuchte der Liebhaber mit einem Gefährten das Mädchen mit einem Strick zu erwürgen, um es aus der Welt zu schaffen, da das Mädchen ein Kind erwartete. Das Mädchen konnte sich aber losreißen und es gelang den Mörderhänden, die beiden Täter namens Werner und Kimmich, zwei junge Burtschen aus Waldmössingen, wurden an ihren Arbeitsstellen verhaftet und dem Gericht übergeben.

Auffhausen O. Geislingen, 23. Dez. Die Brust eingedrückt. Der hier verh. Sohn Johann Georg des Landwirts Andreas Fink in Merklingen war mit dem Durchsägen eines Stamms beschäftigt. Als dies geschehen war, kam der Stamm plötzlich ins Rollen und drückte den Bedauernswerten gegen eine Wade, wobei ihm die Brust eingedrückt wurde. Der Tod traf sofort ein.

Chingen a. D., 23. Dez. Eine stattliche Eiche. Im Staatswald Unt. Zehntmannsader ist dieser Tage eine Eiche gefällt worden, die nicht weniger als 6 Fektmeter besonders schönes Stammholz und 9 1/2 Raummeter Beugholz geliefert hat.

Chingen a. D., 23. Dez. Raubreißschaden. Dem Raubreif oder der starken Eisbildung auf den Bäumen im Anfang dieses Monats sind in den hiesigen Staats- und Stadtwaldungen nach neuerer Schätzung nicht weniger als 700 Fm. zum Opfer gefallen. Da viele Stämme abgeknickt und auch zersplittert sind und dadurch an Wert verloren haben, ist der Schaden bedeutend.

Frankenhausen O. Chingen, 23. Dez. Ueberfahren. Dem bei Joh. Schmuder bediensteten Knecht Joh. Scheible gingen die Pferde durch. Der Wagen wurde gegen ein nachbarliches Anwesen gedrückt, wobei Scheible zu Fall kam. Dabei ging ihm der Wagen über die Brust. Der Verletzte wurde in bedenklichem Zustand in das Städt. Krankenhaus nach Chingen verbracht.

Biberach, 23. Dez. Falschmünzer. In Herrlishöfen wurde ein gewisser Manigo verhaftet. In seiner Behausung wurden Silbermetall und Vorrichtungen zur Verarbeitung desselben beschlagnahmt, mittels denen er Falschgeld hergestellt hatte. Auch ein der Mittäterschaft verdächtiger Mann wurde verhaftet.

In ei... mer in... einft... amman... Fahr 19... und be... die deut... allmä... Deutsche... schaft... Rhein... Jahr 18... diejem... schwer... Sm Jah... Anlage... und St... Grast... Krieg 3... 16 000... waren... ein Eile... feld e... ändern... sowie r... diese h... herrs... die Deu... war die... das un... geführ... werden... famen... durchw... blätter... Trotz d... nicht g... a l m ä... von de... Drang... wer... Deutsh... Deutsch... bester... gerdere... Nach A... ehemel... waltung... 1000... Mü... bayeri... Person... Kurst... ausge... heimen... Direkt... Profess... Nach... hat... Prüfung... teil de... diße... Weit... Rot... Kardin... wideru... feums... an die... Lyon... Deutsch... an die... und sch... großes... gehört... letzten... raumer... kommen... Stuhl... denen... gen sei... haft vo... auf die...